

Inhaltsübersicht

Vorwort der 4. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXIII
 1. Kapitel: Einleitung und Überblick	 1
A. Bundes- und Landeskompetenzen für das Wasserrecht	2
B. Öffentlich-rechtliche, privatrechtliche und strafrechtliche Bestimmungen des Gewässerschutzes	18
C. Entwicklung des deutschen Wasserrechts	21
D. Wasserrecht der Europäischen Union	64
E. Internationales Wasserrecht	120
 2. Kapitel: Gewässerbegriff und sachlicher Geltungsbereich des Wasserwirtschaftsrechts	 127
A. Oberirdische Gewässer	127
B. Küstengewässer und Meeresgewässer	149
C. Grundwasser	151
D. Landesrechtliche Ausklammerungen aus dem Kreis der erfassten Gewässer (§ 2 Abs. 2 WHG)	152
 3. Kapitel: Allgemeine öffentlich-rechtliche Benutzungsordnung für die Gewässer	 155
A. Verwaltungs- und verfassungsrechtliche Grundsätze	155
B. Das Begehren auf Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung	179
C. Abwehrbegehren eines Betroffenen gegenüber der Bewilligung oder Erlaubnis zugunsten eines anderen	444
D. Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz	491
E. Befugnisse der Wasserbehörden zur Überwachung und zum gefahrenabwehrenden Einschreiten	501
 4. Kapitel: Die besondere öffentlich-rechtliche Nutzungsordnung für Wasserschutzgebiete	 531
A. Systematische Einordnung der Wasserschutzgebietsfestsetzung	531
B. Formellrechtliche Fragen der Wasserschutzgebietsfestsetzung	533
C. Materiellrechtliche Voraussetzungen, Inhalte und Folgen einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	544
D. Heilquellenschutzgebiete	576
 5. Kapitel: Unterhaltung und Ausbau oberirdischer Gewässer	 579
A. Unterhaltung oberirdischer Gewässer	579
B. Ausbau oberirdischer Gewässer	600
 6. Kapitel: Hochwasserschutz	 653
A. Tatsächliche Problematik und rechtliche Grundlagen des Hochwasserschutzes	653
B. Planungsinstrumentarium des vorbeugenden Hochwasserschutzes	659
C. Überschwemmungsgebiete an oberirdischen Gewässern	665
D. Individualrechte in Bezug auf den Hochwasserschutz	683
 7. Kapitel: Haftungsordnung im Wasserecht	 693
A. Rechtssystematische Grundlagen	693
B. Ansprüche aus allgemeinem Privatrecht	697
C. Schadensersatzansprüche aus der Gefährdungshaftung nach § 89 WHG	731
D. Umweltschadensgesetz	768

8. Kapitel: Strafrechtlicher Schutz der Gewässer	785
A. Entstehungsgeschichte des strafrechtlichen Gewässerschutzes	785
B. Systematischer Rahmen des geltenden Umweltstrafrechts	792
C. Unbefugte Gewässerverunreinigung nach § 324 StGB	816
D. Strafrechtlicher Gewässerschutz durch anderweitige Strafvorschriften	823
E. Ordnungswidrigkeiten nach § 103 WHG	827
Stichwortverzeichnis	829

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einleitung und Überblick	1
A. Bundes- und Landeskompetenzen für das Wasserrecht	2
I. Wasserhaushaltsrecht (Art. 74 Abs. 1 Nr. 32 GG)	3
1. Wasserhaushaltsrecht als Materie der konkurrierenden Gesetzgebung	3
2. Verzicht auf die bundesstaatliche Erforderlichkeitskontrolle	4
3. Abweichungsgesetzgebungskompetenz der Länder	5
4. Abweichungsfester Kern als Rückausnahme	9
5. Verwaltungskompetenzen	11
II. Sonstige wasserrechtlich relevante Bundeskompetenzen	12
1. Bundeswasserstraßen	12
2. Bodenordnung, Bodenschutz und Raumordnung	15
3. Sonstige wasserwirtschaftsrechtlich relevante Kompetenzen	17
B. Öffentlich-rechtliche, privatrechtliche und strafrechtliche Bestimmungen des Gewässerschutzes	18
C. Entwicklung des deutschen Wasserrechts	21
I. Wasserhaushaltsgesetz	21
1. Entwicklung des Wasserhaushaltsgesetzes	21
2. Geltendes Wasserhaushaltsgesetz	28
3. Untergesetzliches Regelungswerk	32
II. Landeswassergesetze	42
III. Abwasserabgabengesetz	44
1. Kompetenzgrundlage und Entwicklung	45
2. Abgabentatbestand	46
3. Abgabenhöhe und Bescheidprinzip	47
IV. Sondergesetze und sonstige Umweltgesetze mit wasserwirtschaftlicher Relevanz	50
1. Produktrecht (Wasch- und Reinigungsmittelgesetz, Düngegesetz)	50
2. Wassersicherstellungsgesetz	52
3. Trinkwasserverordnung	52
4. Bundeswasserstraßengesetz	54
5. Bundesnaturschutzgesetz	55
6. Erneuerbare-Energien-Gesetz	58
V. Recht der Wasser- und Bodenverbände	60
1. Wasserverbandsgesetz	60
2. Sondergesetzliche Wasserverbände	61
D. Wasserrecht der Europäischen Union	64
I. Allgemeine Grundlagen	65
1. Umweltrelevante Kompetenzen	65
2. Umsetzungsfragen	68
II. Rechtsgrundlagen und Entwicklung des europäischen Gewässerschutzes	71
1. Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser	72
2. Trinkwasserrichtlinie	73
3. Nitratrichtlinie	74
4. Industrieanlagenrichtlinie	75
5. Wasserrahmenrichtlinie	78
6. Tochter- und Parallelrichtlinien zur Wasserrahmenrichtlinie	104
7. Hochwasserrisikorientlinie	114
8. Meeresstrategierahmenrichtlinie	116
9. Rechtsakte betreffend die Meeresverschmutzung durch Schiffe	119
10. Europäisches Stoffrecht	119

E. Internationales Wasserrecht	120
I. UN-Wasserrechtsübereinkommen	121
II. Ökologische Menschenrechte	122
III. UN-Seerechtsübereinkommen	123
IV. Sonstige Verträge auf dem Gebiet des Gewässerschutzes	124
2. Kapitel: Gewässerbegriff und sachlicher Geltungsbereich des Wasserwirtschaftsrechts	127
A. Oberirdische Gewässer	127
I. Abgrenzung von (oberirdischen) Gewässern und Abwasseranlagen	131
1. Grundsätzliche Abgrenzungsprämissen	131
2. Unterschiedliche Fallgruppen im Kontext der Stadterweiterung und der Überbauung von Bachläufen	135
II. Zuordnung von Baggerseen zu den oberirdischen Gewässern oder zum Grundwasser	141
III. Abgrenzung des aus Quellen wild abfließenden Wassers	143
IV. Heilquellen	144
V. Wasserrechtliche Qualifizierung von Gräben, insbesondere von Straßenseitengräben	147
B. Küstengewässer und Meeresgewässer	149
I. Küstengewässer	149
II. Meeresgewässer	151
C. Grundwasser	151
D. Landesrechtliche Ausklammerungen aus dem Kreis der erfassten Gewässer (§ 2 Abs. 2 WHG)	152
3. Kapitel: Allgemeine öffentlich-rechtliche Benutzungsordnung für die Gewässer	155
A. Verwaltungs- und verfassungsrechtliche Grundsätze	155
I. Gewässer als öffentliche Sachen	155
II. Leitprinzipien der wasserrechtlichen Benutzungsordnung	157
1. Allgemeine Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung	157
2. Bewirtschaftung nach Flussgebietseinheiten	160
3. Gewässereigentum und Schranken des Grundeigentums	163
4. Allgemeine Sorgfaltspflichten des Handelnden hinsichtlich der Gewässer	168
III. Verfassungsmäßigkeit der wasserwirtschaftsrechtlichen Benutzungsordnung ..	172
B. Das Begehren auf Erteilung einer Erlaubnis oder Bewilligung	179
I. Die Rechtsinstitute der Erlaubnis und der Bewilligung	179
1. Bundesrechtliche Strukturvorgaben	179
2. Landesrechtliche Ergänzungen und Abweichungen zur Erlaubnis- oder Bewilligungspflicht	183
II. Die erlaubnis- oder bewilligungspflichtigen Benutzungstatbestände	186
1. Allgemeine Abgrenzung und Einordnung der Gewässerbenutzungen	186
2. Die Einzelstatbestände der echten Gewässerbenutzungen nach § 9 Abs. 1 WHG	200
3. Die Einzelstatbestände der unechten Gewässerbenutzungen nach § 9 Abs. 2 WHG	228
III. Abgrenzung gegenüber Benutzungen und sonstigen Einwirkungen auf Gewässer außerhalb der Erlaubnis- oder Bewilligungspflicht	237
1. Maßnahmen des Ausbaus und der Unterhaltung von oberirdischen Gewässern	237
2. Gemeingebrauch an oberirdischen Gewässern	240
3. Eigentümer-, Anlieger- und Hinterliegiergebrauch an oberirdischen Gewässern	249
4. Erlaubnis- und bewilligungsfreie Benutzungen der Küstengewässer und des Grundwassers	252
5. Benutzungen aufgrund alter Rechte und alter Befugnisse	253

6. Erlaubnis- und bewilligungsfreie Benutzungen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für die öffentliche Sicherheit	283
7. Erlaubnis- und bewilligungsfreie Benutzungen bei Übungen und Erprobungen für Zwecke der Verteidigung und der Gefahrenabwehr	284
IV. Allgemeine Regeln für die Entscheidung über Erlaubnis- oder Bewilligungsanträge	286
1. Grundsätzliches	286
2. Verwaltungsverfahrenrechtliche Fragen	289
3. Allgemeiner Versagungsgrund des § 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG (Schädliche Gewässerveränderung)	293
4. Die besonderen Voraussetzungen für die Erteilung einer Bewilligung nach § 14 WHG	323
5. Die besonderen Voraussetzungen für die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis	328
6. Nachteilige Einwirkungen auf Rechte oder Interessen Dritter	330
7. Zusammentreffen mehrerer Erlaubnis- oder Bewilligungsanträge	331
8. Inhalts- und Nebenbestimmungen	333
9. Besondere Anforderungen an die Zulassung von Fracking-Technologie ..	348
10. Interimistische Regelungen	353
V. Besondere Anforderungen an Abwassereinleitungen	361
1. Rechtsgrundlagen der Abwasserbeseitigung	361
2. Die Anforderungen an das Einleiten von Abwasser nach § 57 WHG	392
VI. Gewässer- und immissionsbezogene Planungsinstrumente	407
1. Planungsinstrumentarium vor dem Inkrafttreten der EG-Wasserrahmenrichtlinie	407
2. Planungsinstrumentarium nach Inkrafttreten der EG-Wasserrahmenrichtlinie	408
VII. Einbringungen nach dem Hohe-See-Einbringungsgesetz als wasserrechtliches Sonderregime	425
1. Geltungsbereich des Hohe-See-Einbringungsgesetzes	425
2. Einbringungsverbot und Ausnahmen	427
3. Problem des Drittschutzes	430
VIII. Nachträgliche Einschränkungen, Rücknahme und Widerruf einer Erlaubnis oder Bewilligung	431
1. Vorbehalt nachträglicher Anordnungen nach § 13 WHG	431
2. Nachträgliche Entscheidungen zu einer Bewilligung nach § 14 Abs. 5–6 WHG	437
3. Rücknahme einer Erlaubnis oder Bewilligung	438
4. Widerruf einer Erlaubnis	438
5. Widerruf einer Bewilligung	441
6. Ausgleichsverfahren nach § 22 WHG	443
C. Abwehrbegehren eines Betroffenen gegenüber der Bewilligung oder Erlaubnis zugunsten eines anderen	444
I. Grundlagen des Nachbarschutzes im Wasserrecht	444
II. Rechtsstellung des Betroffenen gegenüber einer Bewilligung oder einer nachbarrechtlich formalisierten Erlaubnis zugunsten eines anderen	449
1. Nachteilige Einwirkungen auf ein Recht des Betroffenen (§ 14 Abs. 3 WHG)	449
2. Nachteilige Einwirkungen auf rechtlich geschützte Interessen der Betroffenen (§ 14 Abs. 4 WHG)	463
3. Gemeinsame Grundsätze für Abwehr- und Entschädigungsbegehren in den Fällen des § 14 Abs. 3 und 4 WHG	469
III. Rechtsstellung des Betroffenen gegenüber einer nachbarrechtlich nicht formalisierten Erlaubnis	485
1. Rechtssystematische Grundlagen	485
2. Öffentlich-rechtlicher Schutz Drittbetroffener aufgrund des Gebots der Rücksichtnahme	487
3. Allgemeine Schranken des Drittschutzes gegenüber der nachbarrechtlich nicht formalisierten Erlaubnis	489
IV. Nachbarschutz außerhalb von Bewilligungs- und Erlaubnisverfahren	491

D. Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz	491
I. Allgemeine Grundlagen	491
II. Anwendungsbereich	493
III. Bestellung des Gewässerschutzbeauftragten	494
IV. Rechte und Pflichten des Gewässerschutzbeauftragten	496
1. Allgemeine Beratungspflicht	496
2. Überwachungspflicht	496
3. Hinwirkungspflichten	497
4. Betriebsinterne Informationspflicht	497
5. Berichtspflicht	497
6. Entscheidungsbezogene Mitwirkungsrechte	498
7. Funktionssichernde Schutzrechte des Gewässerschutzbeauftragten	499
V. Widerruf der Bestellung	500
E. Befugnisse der Wasserbehörden zur Überwachung und zum gefahrenabwehrenden Einschreiten	501
I. Allgemeine Grundlagen	501
II. Gewässeraufsicht nach den §§ 100 ff. WHG	502
1. Anwendungsbereich	502
2. Duldungspflichten	503
3. Mitwirkungspflichten	504
4. Kosten der Gewässeraufsicht	505
5. Gefahrenabwehrendes Einschreiten der Wasserbehörden	506
6. Zwangsrechte	526
III. Die konkurrierende Gefahrenabwehr nach dem Wasserrecht und dem Bundes- Bodenschutzgesetz	528
4. Kapitel: Die besondere öffentlich-rechtliche Nutzungsordnung für Wasserschutzgebiete	531
A. Systematische Einordnung der Wasserschutzgebietsfestsetzung	531
B. Formellrechtliche Fragen der Wasserschutzgebietsfestsetzung	533
I. Festsetzung durch Rechtsverordnung	533
II. Verfahren der Wasserschutzgebietsfestsetzung	534
1. Die Einleitung des Festsetzungsverfahrens	535
2. Durchführung des Festsetzungsverfahrens	536
3. Pflicht zur Strategischen Umweltprüfung	537
4. Verkündung der Wasserschutzgebietsfestsetzung	538
5. Benennung des Begünstigten	539
6. Gebührenfreiheit der Wasserschutzgebietsfestsetzung	540
7. Befristung, spätere Überprüfung und eventuelle Anpassung einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	540
8. Vorläufige Anordnungen im Festsetzungsverfahren	541
III. Rechtsschutz gegen Wasserschutzgebietsfestsetzungen	542
1. Prinzipale Normenkontrolle	542
2. Inzidentkontrolle	544
C. Materiellrechtliche Voraussetzungen, Inhalte und Folgen einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	544
I. Die drei Schutzzatbestände	544
1. Wasserschutzgebiete im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung	545
2. Wasserschutzgebiete zur Anreicherung des Grundwassers	546
3. Wasserschutzgebiete zur Verhütung des schädlichen Abfließens von Niederschlagswasser sowie des Abschwemmens und des Eintrags von Bodenbestandteilen und bestimmten Stoffen	547
II. Gesetzliche Bindung und verwaltungsgerichtliche Kontrolldichte bei der Festsetzung von Wasserschutzgebieten	548
1. Divergierende Ausgangspositionen	548
2. Entscheidungsstufe der rechtsbegrifflichen und konditionalen Bindung	549

3. Vorgelagerte Stufe der Standortentscheidung	552
4. Stufe der abschließenden Ermessensentscheidung	554
III. Fehlender Anspruch auf Festsetzung eines Wasserschutzgebiets	555
IV. Zulässiger Inhalt der Schutzanordnungen einer Wasserschutzgebietsfestsetzung	555
V. Eigentums- und entschädigungsrechtliche Beurteilung von Wasserschutzgebieten	558
1. Grundsätzliche Vorgaben der Eigentumsgarantie für Schutzgebietsfestsetzungen	558
2. Konsequenzen für die Abgrenzung zwischen entschädigungsfreier Eigentumsbindung und entschädigungspflichtiger Enteignung in Wasserschutzgebieten	563
3. Billigkeitsausgleich zugunsten der Land- und Forstwirtschaft wegen erhöhter Anforderungen im Wasserschutzgebiet nach § 52 Abs. 5 WHG	572
D. Heilquellenschutzgebiete	576
I. Staatliche Anerkennung	576
II. Anordnung von Betriebs- und Überwachungspflichten	577
III. Schutzgebietsfestsetzung	577
5. Kapitel: Unterhaltung und Ausbau oberirdischer Gewässer	579
A. Unterhaltung oberirdischer Gewässer	579
I. Rechtsgrundlagen der Gewässerunterhaltung	579
1. Wasserhaushaltsrecht	579
2. Bundeswasserstraßenrecht	579
II. Pflicht zur Gewässerunterhaltung (Unterhaltungslast)	581
1. Träger der Unterhaltungslast	581
2. Vertragliche und sonstige Regelungen der Unterhaltungslast	582
3. Störerverantwortung, Kostenausgleich und Ersatzvornahme	583
III. Umfang der Gewässerunterhaltung	584
1. Räumlicher Unterhaltungsumfang	584
2. Sachlicher Unterhaltungsumfang	585
IV. Unterhaltung ausgebauter Gewässer	591
V. Besondere Pflichten im Interesse der Gewässerunterhaltung	592
1. Duldungspflichten der Anlieger und Hinterlieger	592
2. Bewirtschaftungspflichten der Anlieger	593
3. Unterhaltungsbedingte Schadensersatzansprüche der Anlieger und Hinterlieger	593
4. Rechtsbeziehungen im Innenverhältnis eines Wasser- und Bodenverbandes	594
VI. Entscheidungen der Wasserbehörde in Fragen der Gewässerunterhaltung	594
VII. Exkurs: Unterhaltung besonderer Anlagen mit Gewässerbezug	595
1. Unterhaltung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern	595
2. Unterhaltung von Deichen und Dämmen	599
B. Ausbau oberirdischer Gewässer	600
I. Rechtsgrundlagen des Gewässerausbaus	600
1. Wasserhaushaltsrecht	600
2. Wasserstraßenrecht	601
3. Abgrenzungsprobleme bei Hafenanlagen	602
4. Verfahren und Konzentrationswirkung im Planfeststellungsrecht	604
II. Begriff und Gegenstand des Gewässerausbaus	606
III. Deich- und Dammbauten	609
IV. Ausbaupflicht	610
V. Planfeststellung	612
1. Entscheidungsinhalte und Rechtswirkungen der Planfeststellung	613
2. Planfeststellungsverfahren	618
3. Materiellrechtliche Bindungen der Planfeststellung	625
4. Fragen des Rechtsschutzes	642
VI. Vereinfachte Zulassung eines Gewässerausbaus	648
1. Plangenehmigung	648
2. Zulassung eines vorzeitigen Beginns des Gewässerausbaus	651

6. Kapitel: Hochwasserschutz	653
A. Tatsächliche Problematik und rechtliche Grundlagen des Hochwasserschutzes	653
I. Begriff des Hochwassers	653
II. Entwicklung des Hochwasserschutzes im deutschen und europäischen Recht	654
III. Hochwasserschutz in der Bauleitplanung	656
IV. Hochwasserschutz in der Raumordnung	657
B. Planungsinstrumentarium des vorbeugenden Hochwasserschutzes	659
I. Vorläufige Bewertung von Hochwasserrisiken und Bestimmung von Risikogebieten	659
II. Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten	660
III. Hochwasserrisikomanagementpläne	661
IV. Zusammenhang des vorbeugenden Hochwasserschutzes mit dem Flussgebietsmanagement und den materiellen Zielsetzungen der Wasserrahmenrichtlinie	663
1. Koordinierung mit dem Flussgebietsmanagement nach Art. 3 WRRL	663
2. Abstimmung mit den materiellen Zielsetzungen nach Art. 4 WRRL	663
C. Überschwemmungsgebiete an oberirdischen Gewässern	665
I. Begriff und Arten der Überschwemmungsgebiete	665
1. Allgemeiner Begriff der Überschwemmungsgebiete	665
2. Festgesetzte Überschwemmungsgebiete	666
3. Kartierte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete	669
4. Faktische Überschwemmungsgebiete	670
II. Planungs- und Nutzungsverbote in festgesetzten Überschwemmungsgebieten	670
1. Verbot der Ausweisung von neuen Baugebieten	670
2. Verbot der Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen	678
3. Weitere Handlungsverbote	680
4. Ausklammerung von Maßnahmen aus dem gesetzlichen Verbotskatalog	682
D. Individualrechte in Bezug auf den Hochwasserschutz	683
I. Ansprüche Einzelner auf öffentliche Schutzmaßnahmen?	683
II. Drittschutz Einzelner gegen hochwasserrelevante und gefahrenerhöhende Maßnahmen	684
1. Sonderfall eines drittbetroffenen Wasserverbandes	684
2. Drittbetroffene Nachbarn	684
III. Schadensersatz aus Amtshaftung wegen der Verursachung von Hochwasserschäden	685
1. Amtshaftung wegen unterlassener oder fehlerhafter Information	685
2. Amtshaftung von Gemeinden wegen unzureichender Hochwasservorsorge, insbesondere fehlerhafter Dimensionierung der Ortskanalisation	685
3. Amtshaftung für fehlerhafte Bauleitplanung	687
4. Amtshaftung für Hochwasserschäden infolge fehlerhafter Gewässerausbauten	688
5. Amtshaftung für Hochwasserschäden infolge fehlerhafter Ausübung der Gewässeraufsicht	689
6. Amtshaftung für Hochwasserschäden infolge fehlerhafter Ausübung der Bauaufsicht	689
7. Amtshaftung eines Straßenverwaltungsträgers für Hochwasserschäden infolge einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht	690
IV. Entschädigungs- oder Ausgleichsleistungen beim städtebaulichen Rückbau aus Gründen des Hochwasserschutzes	691
7. Kapitel: Haftungsordnung im Wasserecht	693
A. Rechtssystematische Grundlagen	693
B. Ansprüche aus allgemeinem Privatrecht	697
I. Tatbestände der Eigentumsverletzung	698
1. Tatbestände des privaten Wasser-Nachbarrechts	699
2. Allgemeiner Tatbestand der Eigentumsverletzung	707

II. Verletzung des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	712
III. Verletzung von Gewässerbenutzungsrechten	714
IV. Verletzung eines Fischereirechts	716
V. Verletzung von Schutzgesetzen	717
1. Rechtsvorschriften des allgemeinen wasserwirtschaftsrechtlichen Benutzungsordnung	717
2. Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Nachbarrechts	719
3. Vorschriften des besonderen Wasserwirtschaftsrechts	719
4. Vorschriften des Wasserstraß- und Wasserordnungswidrigkeitenrechts	721
VI. Sonderfälle der Haftung von Körperschaften des öffentlichen Rechts	722
1. Haftung für Beeinträchtigungen infolge des Betriebs einer Kanalisationsanlage	722
2. Haftung für mangelhafte Gewässerunterhaltung	726
3. Haftung im Hinblick auf Maßnahmen des Gewässerausbaus	728
4. Haftung für wasserwirtschaftliche Beeinträchtigungen durch Straßenbauten . .	729
5. Haftung für Überschwemmungsschäden infolge der Ausweisung neuer Baugebiete und der hiermit verbundenen Bodenversiegelung	731
C. Schadensersatzansprüche aus der Gefährdungshaftung nach § 89 WHG	731
I. Grundsätzliche Fragen	731
1. Verhältnis der wasserrechtlichen Gefährdungshaftung zu anderen privatrechtlichen Anspruchsgrundlagen	731
2. Verhältnis der wasserrechtlichen Gefährdungshaftung zum öffentlichen Wasserrecht	733
II. Verhaltenshaftung nach § 89 Abs. 1 WHG	735
1. Haftungsbegründende Handlung	735
2. Nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit	743
3. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt	745
4. Umfang und Grenzen der haftungsausfüllenden Kausalität	746
5. Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs	752
6. Verjährung	753
7. Fragen des nationalen und des internationalen Rechtsschutzes	754
III. Anlagenhaftung nach § 89 Abs. 2 WHG	754
1. Haftungsunterworfenen Anlagen	754
2. Hineingelangen von Stoffen aus einer Anlage in ein Gewässer	757
3. Nachteilige Veränderung der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Wassers	760
4. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt	761
5. Betreiber der Anlage	762
6. Haftung in Fällen mehrerer Anlagen verschiedener Betreiber	763
7. Kausalität, Schutzbereich, Haftungsumfang und Beweisfragen der Anlagenhaftung	766
8. Fragen der Haftpflichtversicherung	767
D. Umweltschadensgesetz	768
I. Anwendungsbereich	769
1. Schutzgut	769
2. Tätigkeitsabhängige Gefährdungshaftung	770
3. Verschuldenshaftung für Biodiversitätsschäden	771
4. Anwendungsausschluss	773
II. Verantwortliche	773
1. Störerverantwortlichkeit	774
2. Verursachung einer unmittelbaren Gefahr	775
3. Berufliche Tätigkeit	775
4. Diffuse Verursachungspfade	776
III. Pflichten der Verantwortlichen	777
IV. Behördliche Eingriffsermächtigungen	778
1. Überwachungsmaßnahmen und ordnungsrechtliche Anordnungen	778
2. Kosten der Vermeidungs- und Sanierungsmaßnahmen	780
V. Rechtsschutz	781

8. Kapitel: Strafrechtlicher Schutz der Gewässer	785
A. Entstehungsgeschichte des strafrechtlichen Gewässerschutzes	785
I. Strafvorschriften zum Schutz der Gewässer in der ersten Phase des WHG	785
II. Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität vom 28.3.1980	786
III. Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität vom 27.6.1994 und spätere Gesetzgebung	787
IV. Einflüsse des Unionsrechts auf das gewässerbezogene Umweltstrafrecht	787
1. Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt	788
2. Richtlinie über Meeresverschmutzung durch Schiffe	791
3. 45. Strafrechtsänderungsgesetz	791
B. Systematischer Rahmen des geltenden Umweltstrafrechts	792
I. Überblick über die Tatbestände des 29. Abschnitts des StGB	792
II. Unterschiedliche Schutzgüter und Deliktstypen des Umweltstrafrechts	793
1. Gewässerverunreinigung als Erfolgsdelikt	793
2. Bodenverunreinigung als Gefährdungsdelikt	794
3. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete	794
4. Besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat	795
5. Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften	796
III. Verwaltungszukzessorietät des Umweltstrafrechts	796
1. Notwendige Anknüpfung des Umweltstrafrechts an das Verwaltungsrecht	796
2. Unterscheidung zwischen Verwaltungsrechts- und Verwaltungsaktsakzessorietät des Umweltstrafrechts	799
3. Konflikte zwischen dem verwaltungsrechtlichen Opportunitätsprinzip und dem strafprozessualen Legalitätsprinzip	803
4. Strukturelle Grenzfragen der Verwaltungszukzessorietät im geltenden Umweltstrafrecht	807
IV. Strafbarkeit von Amtsträgern der Verwaltung	813
1. Relevante Tatbestände des Umweltstrafrechts	813
2. Funktionale und teleologische Reduktion der Strafbarkeit von Amtsträgern der Genehmigungs- und Überwachungsbehörden	815
C. Unbefugte Gewässerverunreinigung nach § 324 StGB	816
I. Allgemeine Fragen	816
II. Tatobjekte der Gewässerverunreinigung	817
III. Tathandlung der unbefugten Gewässerverunreinigung iSd § 324 StGB	818
1. Die äußere Tathandlung	818
2. Tatbestand der Gewässerverunreinigung und Verhältnis zur wasserwirtschaftsrechtlichen Benutzungsordnung	818
3. Unbefugtheit der Gewässernutzung	820
IV. Strafbarkeit von Amtsträgern wegen einer Gewässerverunreinigung	822
D. Strafrechtlicher Gewässerschutz durch anderweitige Strafvorschriften	823
I. Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen nach § 326 Abs. 1 Nr. 4a StGB	823
II. Unerlaubtes Betreiben von Anlagen nach § 327 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Nr. 4 StGB	823
III. Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete nach § 329 Abs. 2 StGB	825
IV. Besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat nach § 330 StGB	825
V. Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften nach § 330a StGB	826
VI. Besondere Strafbestimmungen zum Schutz der Meere	827
E. Ordnungswidrigkeiten nach § 103 WHG	827
Stichwortverzeichnis	829